



Pressemitteilung: Grenzpendlervereine verlangen Einsatz der Steuerbehörden

Bei Grenzpendlertreffen Protest gegen Aus für grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt (Gramark)

Die Zahl der Grenzpendler im Bereich der deutsch-dänischen Grenze ist während der vergangenen Jahre sprunghaft gestiegen. Vor allem seitdem viele Arbeitskräfte von der deutschen Seite der Grenze, wo immer noch hohe Arbeitslosigkeit herrscht, den anhaltenden Wirtschaftsboom in Dänemark mit vielen offenen Stellen nutzen, um nördlich der Grenze beruflich Fuß zu fassen.



In seiner Eröffnungsansprache zum Beginn des deutsch-dänischen Grenzpendlertreffens mit dem Schwerpunktthema Steuern für Grenzpendler im Infocenter Grenze in Bau hat der Vorsitzende der Schleswigschen Partei (SP), Gerhard Mammen, deutlich gemacht, dass in diesem Bereich zwar mit dem deutsch-dänischen Doppelbesteuerungsabkommen klare Regeln eingeführt worden seien. Im Alltag zeige sich aber, dass gerade den Grenzpendlern das Leben weiter unnötig schwer gemacht werde, da sie oft aufgrund von Informationslücken zwischen die Mühlen der unterschiedlichen deutschen und dänischen Steuerveranlagungsverfahren geraten.

Die Vorsitzende des Vereins Europäische Grenzgänger (VEG), Brigitte Handler, hatte im Verlauf der Veranstaltung die Forderung erhoben, dass die Formulare und Erklärungen sowohl bei der dänischen Steuerbehörde Skat als auch beim deutschen Finanzamt in deutscher und dänischer Sprache vorliegen müssten. Besonders die dänische Behörde müsse ihr Material angesichts der vielen Tausend neuen Grenzgänger aus Deutschland mit Arbeitsplätzen in Dänemark auf Deutsch herausgeben.

Es war mehrfach deutlich geworden, dass Arbeitnehmern finanzielle Nachteile entstehen, weil sie aus Unwissenheit z. B. Steuerfreibeträge nicht in Anspruch nehmen.

Wie bereits Gerhard Mammen, übte Brigitte Handler scharfe Kritik an der bevorstehenden Schließung der deutsch-dänischen »Einrichtung Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt« (Gramark).

Gramark berät und vermittelt Arbeitskräfte auf dem deutschen und dänischen Arbeitsmarkt und hat sich als wirksames Mittel bei der Umsetzung der vielbeschworenen Zielsetzung eines grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes bewährt. »Wir bedauern, dass der Vertrag des Arbeits- und Europaministeriums in Kiel mit Gramark nicht verlängert worden ist«, so Gerhard



Mammen. Es sei unverständlich, dass man auf die Fachkompetenz von Gramark verzichten will, wo die Einrichtung doch wirksam die Arbeitslosigkeit auf deutscher Seite der Grenze vermindern konnte. Mammen versprach, dass sich die Schleswigsche Partei in den kommenden Wochen für eine Verbesserung der Beratung in Steuerfragen im Grenzland einsetze.

Brigitte Handler forderte neben allgemeinen Verbesserungen bei der Beratungskapazität, vor allem auch nach der Schließung von Gramark, Servicezentren für Steuern, Renten und Krankenversicherungen. Diese sollten dem Infocenter Grenze angeschlossen werden.

Verbesserungen sollten auch im Bereich der Altersversorgung von Grenzpendlern angestrebt werden. Die Pensionsversicherungen müssten endlich über die Grenze hinweg gültig sein, so die Vorsitzende des Grenzgängerverbandes.

Angesichts der starken Vermittlung von Arbeitskräften über die Grenze hinweg hat sich auch gezeigt, dass es bei der Anerkennung von Ausbildungen noch Schwachstellen gibt.